

Wassische



Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein, Oberdruckerei: Georg Bernhard, Verantw. Red. (m. Ausn. d. Handelsl.): I. V. Dr. Svan v. Müller, Brn. Dr. W. Manuskr. werden nur zurückg., wenn Porto beilagt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhof (A 7) 3600-3605, für den Fernverkehr Amt Dönhof 3608-3609. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postschekkonto No. 1966.

Redeschlacht um Panzer „B“ Groener überläßt dem Reichstag die Entscheidung

Bei der Beratung des Marine-Gesetzes im Ausschusse des Reichstages gab Reichswehrminister Groener zur Frage des Panzerschiffes „B“ die folgende Erklärung ab, die im Einvernehmen mit dem Reichstagler die Stellung der Regierung zu dieser Frage darstellt:
„Die Mitglieder des Reichstages wissen, daß ich durchaus kein künftiger Staatspräsident bin, so wissen auch alle, daß ich den Erfolg eines gängigen veralteten Schiffsmaterials für unbedingt notwendig erachte. Diesen Standpunkt habe ich auch bei der Beratung meines Catos im vorigen Reichstagsjahr vertreten und auf die Einbringung einer ersten Rate des Panzerschiffes „B“ in Anbetracht der besonders angelegenen Verhältnisse, also nur aus finanziellen Gründen, erst verzichtet, nachdem vom Reichsamtamt ein Einverständnis, also auch unter Zustimmung der vier sozialdemokratischen Mitglieder, in einer besonderen Geschäftsbesprechung erzielt wurde, daß mit dem Stat 1931 ein Schiffbau-erschließen, der auch den Erfolg der Dienstschiffe entfallen sollte, vorgelegt würde. Bei dieser Eintragung war es eigentlich selbstverständlich, daß ich dem An-

trag Ostpreußens im Reichstag, der eine kleine erste Rate für das Panzerschiff B vorschlag, ohne die Einblende des Marine-Gesetzes zu erheben, sympatisch gegenüberstand.
Die Reichsregierung wollte allerdings in dieser Frage, wie in der entscheidenden Reichstagsitzung Reichsamtminister Dr. Woldekenauer namens der Reichsregierung ausdrücklich erklärte, keine Initiative erheben oder eine Beschlußfassung auslösen. Sie hatte aber auch keinen Anlaß, nachdem der Reichsamtamt sich für die Einbringung einer zweiten Rate, dem Reichstag eine Doppelvorlage zu machen, da eine Mehrabsatzung durch den Beschluß des Reichstages nicht eintretet, und weil die Reichsregierung in Übereinstimmung mit dem vorigen Reichsamtamt grundsätzlich der Meinung ist, daß im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten für die Erneuerung weiterer Flotte gesorgt werden muß. Nur am den Zeitpunkt des Baubeginns handelt es sich also, und die Entscheidung darüber bietet die Reichsregierung dem Reichstag selbst zu treffen. Ich nehme an, daß der Reichstag an seiner jetzt gefaßten Entscheidung auf Verlage eines langfristigen

Planes für Ersatzbauten festhält. Die Reichsregierung wird über alles den Beschluß der früheren Reichsregierung in dieser Frage aufrechterhalten.“
Vor der Erklärung des Reichsamtministers hatte der Abg. C. Lind (Soz.) dem Reichstag Bericht erstattet, um sich bei dieser Gelegenheit mit der Art des Zufallensommers der Rate für das Panzerschiff „B“ auseinanderzusetzen.
Abg. C. Lind (Soz.) hielt als Mitberichterstatter die Maß der Deutungen und Angelegenheiten für viel zu hoch. Hier liegen sich Ergebnisse ergeben, ohne daß militärische Interessen verletzt werden. Was geschieht mit den Kriegsschiffen, die aus der Besatzung gestrichen worden sind? Sind hier keine Maßnahmen zu ergreifen? Bei den Einparierungen für die erste Rate des Panzerschiffes B handelt es sich um eine Verdrängung im Bauplan.
Abg. R. A. H. (Soz.) sprach sich dafür gegen die Rate für das Panzerschiff B aus. Im vorigen Jahre seien die Mittel für das Panzerschiff mit der Begründung nicht bewilligt worden, daß wir in einem Notjahr lebten. In diesem Jahre sei aber die Notlage

Ägypten-Verhandlungen abgeschlossen

London, 8. Mai | Ullstein-Nachrichtendienst

Was in eingeweihten Kreisen schon seit längerer Zeit befürchtet wurde, ist heute eingetreten: Die Verhandlungen mit den Ägyptern werden abgeschlossen. Gestern Abend machte Außenminister Benbenro nach große Anstrengungen, die Sache zu einem günstigen Abschluß zu bringen. Nachdem die Verhandlungen bis 1/2 Uhr heute früh gedauert hatten, wurde noch eine neue Sitzung am Sonntag 11 Uhr anberaumt, wobei Benbenro seine Absicht nach Paris verabschiedet hat. Heute nun ist er doch eingetroffen, daß eine Einigung mit Abbas Pasha über die letzte Sudan-Frage nicht mehr zu erzielen war.

Abgeblasener Butsch in Spanien

Madrid, 8. Mai | Ullstein-Nachrichtendienst

Ein zweiter Militärputsch in Spanien, der die Einbringung einer neuen Diktatur zum Ziele hatte, ist im letzten Augenblick vor dem Ausbruch gescheitert. Die Führer der neuen Verfassung sind der früheren Innenminister Primo de Rivera, General Martinez Anido, der jetzt erst wieder nach Spanien zurückgekehrt ist, in der Diktatur genannt wurde, und die Generale Barrera und Sora, von denen der letztere in der Diktaturzeit Kommandierender General von Katalonien war. Der Putsch sollte in der vergangenen Nacht losgehen. Die Generale rechneten dafür mit der Unterstützung von zunächst drei Regimenten in Madrid und mit einem Teil der Garnison von Barcelona. Außerdem glaubten die Generale, der stillschweigenden Billigung des Königs greifbar zu sein, der in der letzten Zeit insbesondere von Ananimo in der Definitivität zu ihrer Angelegenheit worden ist, daß ihm die Fortdauer des gegenwärtigen Regimes ohne Zweifel wenig sympathisch ist.
Die Absichten der Verschwörer sind nur deshalb nicht zur Durchführung gekommen, weil der Ministerpräsident, General Berenguer, sehr deutlich erklärte, daß er nicht geneigt sei, freiwillig abzutreten und einen großen Teil der Armeesoldaten in der Hand habe, wo es ohne Zweifel bei der Durchführung des Putsches zu sehr blutigen und blutigen Kämpfen kommen würde. Die Einsicht der Erfolglosigkeit des ganzen Unternehmens

hat die Aufregung ansehend bemerkt, im letzten Augenblick vor der Durchführung ihres Unternehmens Abstand zu nehmen. Außerdem wäre der geplante Putsch natürlich auf den energielosen Widerstand aller republikanischen Kräfte gestoßen und hätte mit ziemlicher Sicherheit sofort einen Generalstreik im Gefolge gehabt.
An sich war der Zeitpunkt für einen neuen Staatsstreich keineswegs ungünstig gewählt. Die fernumgelegte Propaganda, die insbesondere in den letzten Tagen von Ananimo entzündet worden ist, hatte starke Beunruhigung nicht nur in den ausgesprochen monarchistischen Kreisen hervorgerufen. Auch die Teile des Bürgertums, die in der Frage Monarchie oder Republik indifferent sind, unterliegen die Ansicht der Regierung Berenguer auf mögliche förmliche Wiederherstellung eines normalen und ruhigen politischen Lebens in Spanien.
Die Entzogen der Generale Anido, Barrera und Sora nahmen bereits im Februar ihren Anfang. Primo de Rivera war in der letzten Wochen seines Lebens noch selbst aktiv an ihnen beteiligt. General Barrera wurde damals von seinem Sohnen in Barcelona abgeführt. Zur Zeit befindet sich Anido in seiner Wohnung in Madrid, wo er jetzt überwacht wird. Barrera ist augenblicklich ebenfalls unter Verwahrung in Barcelona. Noch in der Nacht traten führende Persönlichkeiten, unter ihnen der frühere Ministerpräsident Sanchez Guerra sowie zwei Generale, die als Gegner des verstorbenen Diktators bekannt sind, zu einer Versprechung zusammen, um im Einvernehmen mit der Regierung alles zu versuchen, die Ruhe und Ordnung unter allen Umständen aufrechtzuerhalten.

noch viel größer. Die Reichsregierung hat an allen Ecken und Enden die Ausgaben für logische Zwecke ab, und erklärt immer, durch die Notlage zur äußeren Staatsentlastung gezwungen zu sein. Gleichzeitig aber tröste sie diese „Spezialrat“ durch die Aufhebung der ersten Rate für ein neues Panzerschiff. Die Stimmung des Volkes, weil diese die Reihen der Arbeiterklasse hinanz, wurde immer mehr verberbt. Der Hinweis auf die Sorge für Ostpreußen ist heute konjunktur geworden. Die Sozialdemokratische Partei gab besonders bei der Erklärung und Debatte Ostpreußen ein, aber auf vernünftige Weise, namentlich durch wirtschaftliche Unterstützung, Förderung der Erziehung usw. Mit dem neuen Panzerschiff ist es aber nicht getan.
Abg. François (Mitgl.) erklärte, daß zwar auch bei der Marine Spezialrat das obere Reich ist, daß man sich aber selbst den höchsten Dienst erweise, wenn man die knappen Möglichkeiten, die uns der Reichstag vorliegen, nicht ausbeutet wollen. Die Schiffe der deutschen Kriegsmarine seien überaltert und erforderten Reparaturkosten, die in die Millionen gingen. Daher sei es schon aus kaufmännischen Gründen ratsam, die alten Schiffe durch neue zu ersetzen. Die Frage des Panzerschiffes B dürfte nicht zum Spielball inopportunistischer Parteiführer werden.
Abg. Brüninghaus (D. V.): In der Regierungserklärung des Reichstages hat sich zum wiederholten Mal zum Ausdruck gekommen, daß das frühere Kabinett mit Einschluß der vier sozialdemokratischen Mitglieder entschlossen gewesen sei, die Serie der Panzerschiffe nicht nur aus dem finanziellen Betrage zusammen zu stellen, auch unter Umständen auch zu bauen. Gekündigt wurde der Zeitpunkt nach Vernehmlichkeitsbescheid. Der springende Punkt sei, wo die Kosten für die erste Rate gepart werden. Und hier greife man nicht zu laufenden Mitteln, sondern nehme von den in den Bau des Kreuzers „Geisler“ bewilligten Mitteln 2 1/2 Millionen Mark, um eine gewisse Stütze für die in der Betriebsführung herbeizuführen. Aus diesem Grunde sei es auch dringend notwendig, daß dem Reichstag von der Marineleitung ein Plan vorgelegt werde, wie sie sich in den nächsten Jahren den Beitragung der Kosten stellt. Die zum Bau des ersten Planes beantragte Abg. Brüninghaus, die Zustimmung über die erste Rate für das Panzerschiff B auszusprechen.
Abg. Graf Westarp (D. V.) befürwortet die Bewilligung der Panzerkreuzer. Europa laufe in Wasser; die Welt ist leer. Wenn eine Gierigkeit bedroht ist, so die von Deutschland im Osten und Westen. Trotzdem bliebe unsere Flotte weit hinter der Grenze des Reiches zurück. Die Erklärung des Reichsamtministers hat zwar an dem Bau fest, will sich aber mit der Beschließung um ein weiteres Stück abfinden. Das können wir nicht billigen. Ganz besonders Wert legen wir auf den Ausbau der Ostflotte. Bei der Haltung Berlins darf man die Augen nicht vor der Möglichkeit verschließen, daß

Der indische Boykott

Neue blutige Kämpfe

London, 8. Mai | Ullstein-Nachrichtendienst

In dem Ort Ghopalpur bei Bombay wurden heute nach das Verhängnis, 6 Polizeirevier, und sämtliche Wägen, in denen Alkohol verkauft wird, in Brand gesetzt. Es werden 25 Tote und 100 Verletzte gemeldet. Eine englische Militärtruppe ist bereits unterwegs. In Raiketta verurteilte die Volksmenge die Gefangenen zu befehlen, wobei es zu ersten Zusammenstoßen mit der Polizei kam, in Gittingtag kam es zu blutigem Handgemenge, wobei 4 von den Rebellen erschossen wurden, die als Hauptführer bei der Führung der Aufständischen genannt haben, nach denen die Polizei das Gebilde seit Wochen systematisch abtötete.
In Triplicane bei Madras nahm die Polizei Verhaftungen bei einer Demonstration vor, bei den Verhafteten wurden 11 Leere Bomben gefunden.

Die Londoner „Times“ sieht nicht in Indien, sondern in dem ehemaligen Parlamentsvorsitzenden Patel den wahren Stachel des Gandhi. Das Programm, das Montag dem Kongress-Ausschuß in Madhav vorgelegt worden soll, wird sich schwerer auf den wirtschaftlichen Kampf, den Boykott aller ausländischen Waren legen. Der Beginn der großen Baumwoll-Exportprohibitions-Abode in England, die Montag von der Königin eröffnet wurde, dürfte in nicht nur ausfüllendem Zusammenhang mit dem Boykott englischer Waren in Indien stehen, es treffen täglich Dutzende indischer Händler ein, die umfangreiche Verfassungen zwingen müssen. Aus Angst vor Plünderungen haben große Handelsbetriebe in Bombay ihre Vorräte zur Anklage von Exportprohibitions erzwungen zur Verfügung gestellt.
Auch in Japan macht sich bereits ein lebhafter Beunruhigung in Zeitstreifen über die indische Boykottierung bemerkbar. Die Datschima-Selbstinspektoren befürchten die Rindung seinerseits Dutzende. Die in Japan lebenden Indier stellen einen Truppen wegen der Verhaftung Gandhi ab.